

Posener Zeitung.

N^o 16.

Sonnabend den 19. Januar.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Posen (zur Pos.-Bresl. Eisenb.-Frage); Berlin (berühmt. Minist.-Wechsel; Trennung d. Conserv. u. Constit.; Congr. d. Treub. d. Jubeljahr; Bekanntm. d. Franz. Ges.; Denkschr. üb. d. Einverleib. d. Hohenz. Fürstenth.); Breslau (Erlaß d. Oberpräsid. w. d. Amtsüberfahr. d. Landräthe); Aachen; Hamburg (Militairanschl. an Preuß.; widerrechtl. Verhaft.); München (Bericht d. Studentenschaft); Mannheim; Stuttgart (Bürgerwehrfr.); d. Anschl. an Preuß.).
Oesterreich. Wien (homöopath. Klinik; Korn's Jubelfeier; Stockschläge f. liber. Prof.; Infall. d. Fürst. Primas in Gran).
Schweiz. Waadt (Hrwegh).
Frankreich. Paris (neue Noten d. Bank; d. Ges. Entw. f. Erhöb. d. Solds d. Unteroff.; Steuerverw.; Unterdrück. d. Israel; Forder. d. Fam. Bonap. an d. Staatschaaz; Nat.-Verf.).
England. London d. Kommiss. z. Verkauf belast. Güter).
Donaufürstenthümer. Jassy (Gen. Lüders; Fürst Ghita).
II. R. 84. S. v. 15ten.
Locales. Posen; Fraustadt; Birnbaum; Gnesen.
Chronik Posens.
Anzeigen.

Berlin, den 17. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruhet: Dem Kreisgerichts-Voten und Exekutor Jakob Neumann zu Samter, das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Fischer-Schützen Peter Schött zu Alt-Passarge, Kreis Heiligenbeil, und den Fischern Karl Bägler und Karl Marters aus Kalkwitz, Kreis Grimmen, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Deutschland.

Zur Posen-Breslauer Eisenbahnfrage.
β Posen, den 18. Januar. Unter den Deputirten, welche das Großherzogthum Posen für die erste Kammer gewählt hat, verdient neben Anderen der General-Postdirektor Schmücker wegen des lebendigen Interesses und des warmen Eifers, den er bei jeder Gelegenheit für die Provinz an den Tag gelegt, unsere dankbare Anerkennung. Namentlich hat derselbe der für das Großherzogthum so wichtigen Eisenbahnfrage seine ganze Thätigkeit gewidmet, und seinen Bestrebungen haben wir es vorzugsweise mitzuschreiben, wenn wir es als eine unumstößliche Gewissheit ansehen dürfen, daß der Bau der Eisenbahn von Posen nach Breslau in nächster Zukunft in Angriff genommen werden wird. Schon bei Gelegenheit der Anwesenheit unserer städtischen Deputation verhiess Herr Schmücker seine eifrigste Verwendung für den beregten Bau, und versprach, trotz der großen Last von Geschäften, die auf ihm liege, die Befürwortung der Bahn in der ersten Kammer zu übernehmen. Herr Schmücker hat sein Versprechen im vollsten Umfange erfüllt, wovon die an seine Mandanten gerichtete, vor wenigen Tagen im Druck erschienene Denkschrift Kunde giebt. Bekanntlich war der Antrag auf den Bau der genannten Eisenbahn von Herrn v. Seidlitz gestellt, in welchem sich, wie die gedachte Denkschrift sich ausdrückt, mit Klarheit und Schärfe die Momente dargestellt finden, welche aus dem Gesichtspunkt der Staatsökonomie, der Politik und der inneren und äußeren Sicherheit der beantragten Eisenbahn-Anlage das Wort reden. Herr Schmücker ist durchweg für den Bau der großen Schienenwege auf Staatskosten und nicht für Zinsgarantien, welche nur der Spekulations- und Gewinnsucht das Feld öffnen. Wir Alle, sagt derselbe, sind bei unserer Abstimmung über den Bau der Ost- und der Westphälischen Bahn von dem Bewußtsein getragen worden, daß durch die votirten Staatsgelder ein dem Aufwande an Wichtigkeit entsprechendes nationales Werk geschaffen werde, dessen Werth die darauf verwendeten Mittel repräsentirt. Lassen Sie mich nun einen Blick auf die Verhältnisse der Provinz Posen werfen, um Sie zu überzeugen, daß derselben das in Aussicht gestellte Verkehrs- und Verbindungsmittel einer Eisenbahn ohne Härte und Ungerechtigkeit nicht entzogen werden darf. Die politischen Zustände der Provinz würden mir Stoff genug bieten, um diese Ansicht zu begründen. Ich ziehe vor, diese nur leicht zu berühren und ihr Augenmerk vorzugsweise für die offen liegenden Cultur- und Verkehrsverhältnisse in Anspruch zu nehmen. Wir müssen uns leider sagen, daß die Provinz in der Förderung ihrer Verkehrsinteressen sehr hintangesetzt geblieben, und daß erst nach fast 20 Jahren der Wiedereroberung diese Hintansetzung von einem um diese Provinz hochverdienten Staatsmanne gebrochen worden ist. Die Provinz, gegen Osten durch die Schlagbäume Rußlands hermetisch abgeschlossen, befand sich während langer Zeit durch ihre Straßen in keiner viel günstigeren Lage gegen die eigenen Landes-Provinzen Der Polnische Landmann sah nirgends eine belohnende Frucht seines Fleißes, und dieser Umstand ließ ihn um so mehr bei der vom Vater überkommenen Weise beharren, nur an die unabwieslichen Bedürfnisse des Tages zu denken und für diese zu sorgen. In Folge dessen konnten sich die commerciellen und gewerblichen Verhältnisse der Städte nicht zu einer Blüthe entfalten, welche eine unmittelbare Folge des Zustuffes ist, den ihnen das Land gewährt. Die Verschmelzung des Deutschen Elementes mit dem Polnischen, welche mit Recht in dem Wunsche der Regierung lag, konnte niemals geglückten Fortgang haben, so lange der Deutsche, welcher sich in das Großherzogthum begab, gleichsam die Brücke hinter sich abgebrochen sah und von Allem scheiden mußte, was er Heueres im Heimathlande zurückließ. Erst später wurde an den Bau der Kunststraßen zwischen Berlin und Posen, zwischen Posen und Glogau, zwischen Bromberg und Kupfersdorf, letztere ein Stück der großen Berlin-Königsberger Straße, gegangen. Noch vor 8 Jahren waren sie die einzigen der Provinz, und noch heute fehlt eine Chaussee zwischen Bromberg und Posen, also auf einem Theil der Handelsstraße zwischen den Provinzen Schlesien und Preußen; der Weg ist hier im Frühjahr und Herbst von so schlechter Beschaffenheit, daß schwere Fuhrwerke gar nicht, leichtere nicht ohne Gefahr passieren können. Wäre in früheren Jahren und gleich nach der Occupation der Provinz dem Straßenbaue ausreichende Sorge zugewendet worden, hätte man die Städte der Provinz nicht allein unter sich, sondern auch mit den Nachbarprovinzen verbunden und so geeignete Verkehrswege eröffnet, man würde bald höhere Cultur überall heimisch gemacht und durch diese eine behagliche Existenz und einen Grad der Bildung erlangt haben.

der ihn den Wirkungen der zerstörenden Elemente, welche in dieser Provinz noch unlängst herrschten, entzogen hätte. Es handelt sich jetzt um ein Unternehmen, das geeignet ist, das Versäumniß auszugleichen, die Quellen des materiellen Wohlstandes, welche das Land in seinem Boden birgt, in Fluß zu bringen und mit dem materiellen Wohle der Bewohner die Intelligenz derselben zu heben. — Hierauf weist Herr Schmücker auf die besonderen Vortheile der in Rede stehenden Bahn für Preußen und Deutschland hin, wie dadurch der Schienenweg zwischen Breslau und Stettin um ein Bedeutendes verkürzt, die wichtigsten Hafenplätze der Ostsee mit dem Adriatischen Meer auf direktesten Wege, endlich die Prov. Preußen mit Schlesien und Süddeutschl. verbunden werde. Dann heißt es weiter: Die fruchtbarsten Theile der Prov. Posen würden in Posen, Kottbus, Lissa und Rawicz günstige Absatzpunkte ihrer Erzeugnisse gewinnen und von dort würden dieselben leicht nach dem unglücklichen Oberschlesien übergeführt werden können. Nicht minder aber, als für die Hebung des materiellen Wohlstandes und für die dadurch naturgemäß erzeugte Intelligenz, ist die Bahn in militärischer Beziehung von hoher Bedeutung. Die neueste Zeit hat gelehrt, welchen ungeheuren Einfluß die Eisenbahnen auf die Kriegsführung üben, die Provinz Posen selbst verbandt dem schnellen Marsche, welcher bis an ihre Grenzen den Truppen durch die Eisenbahnen im vorletzten Jahre ermöglicht wurde, die schnelle Herstellung von Ruhe und Ordnung. Wie einflußreich ist es nun für die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse, wie sie das Jahr 1848 brachte, wenn eine Eisenbahn die wichtige Festung Posen mit den Grenzfestungen Schlesiens verbindet, wie wichtig endlich ist diese Eisenbahn zu beschleunigter Kommunikation zwischen den Festungen für die Vertheidigung der Ostgrenze Preußens gegen Gewalt von außerhalb! — Dies sind die Hauptmomente, aus denen Hr. Schmücker die überwiegende Nützlichkeit, ja Nothwendigkeit des Baues der Posen-Breslauer Bahn deducirt. Wir müssen gestehen, daß die Würdigung der Verhältnisse unserer Provinz eine ebenso wahre als gründliche ist, und freuen uns, daß unsere Provinz einen so einsichtigen und einflußreichen Deputirten in die erste Kammer geschickt hat, der auch in seiner sonstigen amtlichen Stellung gewiß von großem Einfluß für die Realisirung jener Lebensfrage unserer Provinz sein wird. — Die Erklärung, welche der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zum Schluß der Discussion über den Seidlitz'schen Antrag gab, welche bisher nicht genug bekannt geworden, giebt übrigens Bürgschaft, daß der in der Rede stehende Schienenweg in nächster Zukunft zur Ausführung kommen wird. Derselbe lautet wörtlich: Ich wollte nur mit wenigen Worten bemerken, daß die Staatsregierung die vorgeschlagene Bahn nicht nur für nützlich, sondern auch für nothwendig erachtet. Es ist schon vor mehreren Monaten Auftrag gegeben worden, um die Vorarbeiten zu Ende zu bringen. Diese sind so weit gediehen, daß die Herren Oberpräsidenten von Schlesien und Posen, in Verbindung mit den dazu beauftragten Ingenieuren, sich übereinstimmend für eine der in Vorschlag gebrachten Linien erklärt haben. Gegenwärtig wird im Kriegsministerium diese Linie in militärischer Beziehung geprüft. Wenn sie definitiv festgesetzt ist, werden die Ingenieure beauftragt werden, die Vorarbeiten zu vollenden, und den Kostenaufschlag vorzulegen. Vor dieser Beendigung der Vorarbeiten glaubt nun die Regierung nicht, den Kammern eine Vorlage machen zu dürfen. Außerdem ist die Regierung der Meinung, daß es gerathen sei, in Bezug auf alle Eisenbahnen, die noch wünschenswerth und nothwendig sind, der hohen Kammer mit einem Male Vorlage zu machen. Ich glaube, daß sowohl aus finanzieller als auch aus politischer Rücksicht es sich empfiehlt, nach und nach damit vorzugehen. Ich habe schon an einer anderen Stelle erklärt und wiederhole auch jetzt, daß, nach meiner Ueberszeugung, jetzt keine andere Bahn eher proponirt werden kann, als die in Antrag gestellte, indem die Regierung die Ansicht des Antragstellers vollkommen theilt.

β Berlin, den 16. Januar. Trügen nicht alle Anzeichen, so zieht ein schweres Gewitter an unserem politischen Horizont herauf. Man spricht jetzt mehr denn je von einem Ministerwechsel. In den Bezirken unserer Stadt gehen diesen Augenblick Adressen umher, in welchen dem Ministerium die Zustimmung ausgesprochen und dasselbe zu einem energischen Handeln aufgefordert wird. Wir sehen der nächsten Zeit mit Spannung entgegen; jeder Augenblick kann uns Dinge von der höchsten Wichtigkeit bringen. In unsern conservativen Vereinen wird die Wahl-Agitation eifrig betrieben. Man spricht jetzt nur noch von einer Revision; die Oppert'sche Meinung scheint also adoptirt zu sein. — Was man von einer Verständigung der conservativen und constitutionellen Partei spricht, ist wohl nur ein frommer Wunsch. So weit meine Wahrnehmung reicht, stehen sich beide Parteien zu gereizt gegenüber, als daß eine Annäherung möglich sein könnte. Sehen die Constitutionellen alle Segel bei, um ihre Kandidaten, d. h. Frankfurter durchzubringen, so ist das Lösungswort der Conservativen: nur gute Preußen nach Erfurt zu schicken. Schloß doch gestern erst ein Redner in der Friedrichsstädtischen Halle seinen Vortrag mit den Worten: „Wehe uns, wenn wir keine guten Preußen als Abgeordnete nach Erfurt senden!“ — Morgen beginnt der Congreß des Treubundes; derselbe wird drei Tage dauern. Aus ganz Deutschland sind bereits Deputirte eingetroffen: einige Zweigvereine lassen sich durch Kammermitglieder vertreten. Die Tagesordnung für den 17. Januar ist: 1) Gröfzung durch das Bundes-Oberhaupt; 2) Ueberreichung der Vollmachten der Deputirten und Bericht-erstattung ihrer Zweigvereine; 3) Berathung der Bundesgesetze: a) der Statuten, b) des Rituals, c) der Organisation. — Der Congreß findet im Gesellschaftshause statt und ist die erste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr anberaumt. — Wie verlautet, werden sich sämtliche Deputirte nach dem Schluß der Sitzungen, also am Sonnabend, zu einem Festmahle bei Kroll vereinigen.

β Berlin, den 16. Januar. Täglich liest man von der beabsichtigten Rückkehr des Papstes nach Rom. Sie ist verhoffen und

immer wieder verschoben. Sie war auf heute angezekt, möglich daß sie abermals verschoben ist, möglich aber auch, daß sie endlich ausgeführt worden. Wird er dann, so fragt man sich natürlich, zur Ausfuhrung bringen, was eine alte Kircheneinrichtung ist, das Jubeljahr? Es ist die Begehung desselben eine außerordentlich ergiebige Quelle von Einkünften, wie sie bei dem so ganz zerrütteten Zustande der Finanzen des Kirchenstaates nur zu wünschen wäre. Mit diesem Institute aber verhält es sich folgendermaßen. Bei den alten Hebräern bezeichnete man mit dem Namen Jubeljahr jedes fünfzigste Jahr der damaligen Zeitrechnung. Es wurden in demselben Schulden erlassen, Leibeigene freigegeben, veräußerte Güter fielen an ihre früheren Herren zurück, so daß Freude und Jubel im Lande Israel war. Der Papst Bonifacius VIII. kam auf den Gedanken, nach diesem Vorbilde ein christliches Jubeljahr zu machen und bestimmte, daß alle hundert Jahre ein solches gefeiert werden solle. Wer in einem solchen Jubeljahre nach Rom wallfahren und dort fromme Spenden darbringen würde, der sollte dafür einen vollkommenen Ablass für alle seine Sünden erhalten. Das erste Jubeljahr feierte Papst Bonifacius selbst und zwar im Jahre 1300. Es war im hohen Grade einträglich. Ueber 200,000 Pilger sollen das Jahr über in Rom zugebracht haben, die päpstlichen Einnahmen werden dabei auf 13 Millionen angegeben. Ein Zeitgenosse erzählt davon: „Der Papst nahm eine unzählige Menge Goldes ein, denn Tag und Nacht standen zwei Geistliche beim Altar des heiligen Paulus mit Rechen in der Hand und scharten das Geld zusammen.“ Diese Einkünfte mochten die Veranlassung sein, daß der päpstl. Stuhl kein volles Jahrhundert bis zu einem neuen Jubeljahr vergehen ließ, vielmehr wurde das nächste schon nach fünfzig Jahren angefeiert. Später wurde der Zeitraum bis zum nächsten Jubeljahr durch Papst Urban VI. abermals verkürzt und auf dreißig Jahre herabgesetzt, bis endlich Papst Paul II. es auf fünfzig Jahre festsetzte. Hierbei ist es verblieben und von da an regelmäßig gefeiert worden. Nur das für die päpstl. Regierung traurige Jahr 1800 machte eine Ausnahme. Dagegen wurde im Jahre 1825 die Feier in allem Glanze wieder hergestellt. Der damalige Papst Leo XII. schrieb das Jubeljahr aus, „um Gott für den Sieg über die Verschwörung dieses Jahrhunderts wider menschliches und göttliches Recht zu preisen und um Ausrottung der Kezerei zu beten.“ Bei der Gröfzungsfeier dieses Jubeljahres 1825 riefte, nach dem Berichte eines Augenzeugen, Papst Leo selbst auf den Knien zur heiligen Pforte hinein, wie es den Gläubigen vorgeschrieben ist und schlug die ihm zur Unterlage angebotenen Kissen und Teppiche aus. Während der heiligen Woche hielt er, von 72 Pilgern begleitet, mit denen er nachher speiste und die er bediente, zweimal einen Umzug durch vier Kirchen. Er ging dabei zum Vorbilde der Pilger, außer weißen Sohlen, barfuß. Diesem Beispiele ahmten andere hochstehende Personen nach. Die Füße der Pilger wurden täglich von den Cardinälen gewaschen. Ueber die baaren Einkünfte dieses letzten Jubeljahres sind aber die Rechnungen nicht veröffentlicht worden. Die Staatskasse des Kirchenstaates macht ein Jubeljahr wünschenswerth, die Lage Italiens und die persönliche Stimmung des Papstes macht die Ausführung doch zweifelhaft.

— (Const. Ztg.) Die jüngst vergangene Woche war überaus reich an Verhaftungen wegen gemeiner Verbrechen, so daß die Zahl der Criminalgefangenen in der Stadtvoigtei eine seltene Höhe erreicht hat. Vorzugsweise sind viele Diebstähle verübt worden, wie dies in der Regel um diese Jahreszeit der Fall zu sein pflegt, wo der Handarbeiter keine Beschäftigung hat und die Bedürfnisse größer sind, als im Sommer. Auch ein Raubfall ist vor einigen Nächten in einer der belebtesten Straßen der Stadt vorgekommen, bei dem einem Manne von vier Personen eine Uhr aus der Tasche geraubt wurde. Die Thäter, bereits bestrafte Subjecte, sind zur Haft gebracht worden. — Die hiesige Französische Gesandtschaft macht bekannt, daß fortan das Visum auf Pässen an Ausländer, welche sich nach Frankreich begeben, nur dann ertheilt werden wird, wenn der Antrag mit authentischen Zeugnissen begleitet ist, welche den Besitz der Mittel zum Unterhalt genügend bekräftigen. — Die Pässe für Handwerker müssen darüber von Preussischen Behörden beglaubigt sein. — Dem gestrigen Concert des Kapellmeisters Dorn wohnten auch J. K. G. die Prinzessin von Preußen, Prinzessin Charlotte und Fürstin Liegnitz bei. Sämmtliche Mitglieder der Königl. Familie verweilten bis zum Schluß des Concertes. — Die Regierungsblätter führen gegenwärtig wieder eine jener Rebenarten im Munde, von denen die neuere Publicistik überfließt: „Vervollkommnung der Constitution“ (natürlich mit besonderem Fingerzeig auf die Vorschläge der Regierung). Das gemahnt uns an den Erzherzog, von dem jener allerunterthänigste Wiener Correspondent schrieb, er sei zur „Vervollkommnung seiner allerhöchsten Gesundheit“ ins Bad gereist.

Berlin, den 16. Januar. Dem Gesetzentwurf wegen Einverleibung der Hohenzollerschen Fürstenthümer in das Gebiet der Preussischen Monarchie ist seitens des Staatsministeriums eine Denkschrift beigegeben worden, die den Zweck hat, die Uebernahme der Regierung jener Länder zu rechtfertigen und den Abtretungsvertrag zu erläutern. Der Vertrag selbst, Preussischer Seits durch den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath von Kaumer, den Geheimen Legationsrath v. Bülow und den Geheimen Finanzrath Stünzner, Seits der Fürsten durch den H. Geheimen Geh. Hof- und Finanzrath Baron von Billow unterm 7. Dezember v. J. abgeschlossen, besteht aus 17 Artikeln, deren wesentliche Stipulationen in Föhrung einer Jahresrente von 10,000 Thln. für den Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und von 25,000 Thln. für den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, so wie in der Uebernahme aller Verbindlichkeiten, welche die Fürsten gegen ihre Hof-, Civil- und Militär-Dienstschaff an Gehalten, Pensionen und jährlichen Gratualien nach Maßgabe dreier dem Vertrage annectirter Stats besetzen. Die Jahresrenten, welche auf die allgemeine Preuss. Staatskasse, ebenso wie die

des Fürsten von Hohenzollern-Hechingen nur zur Hälfte auf dessen eventuellen successionsfähigen Erben, nämlich des Fürsten von Sigmaringen hingegen ganz auf den jetzmaligen Chef des fürstlichen Hauses. Ueberdies ist im Artikel 12 stipulirt: Die beiden Hohenzollernschen Fürstenhäuser behalten, der Abtretung Ihrer Fürstenthümer ungeschadet, innerhalb des Preussischen Staats Ihren bisherigen Rang und damit verbundenen Vorzüge; auch soll Ihnen und insbesondere Ihrem jetzmaligen hohen Chef, im Falle Ihrer etwaigen Niederlassung im Preussischen Staate, eine ihren verwandtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen zum königlich Preussischen Hause entsprechende bevorzugte Stellung vor allen anderen nicht zum königlichen Hause gehörigen Unterthanen Seiner Königl. Maj. gewährt werden. In Artikel 15 wird das event. Erbrecht des fürstlichen Hauses im Falle des Erlöschens des Mannstammes des Königl. Preuss. Hauses, — Ansprüche, die sich auf Erbverträge von 1695 und 1707 stützen — ausdrücklich gewahrt. In der Denkschrift wird übrigens erläutert, daß diese Ansprüche nicht eine Succession in die Königl. Preuss. Landesherrenrechte haben, daß dieselben sich vielmehr nur auf einige nicht mehr im Besitze der Krone Preußens befindliche kleine Gebiete — die Grafschaft Geyer in Franken und die lehnbaren Theile der Grafschaft Limburg ebendasselbst — beziehen. Nach Durchschnitts-Ermittlungen, welche die Preuss. Regierung in Betreff der Einnahmen der so erworbenen Gebiete angestellt hat, belaufen sich die Erträge aus den Regalien, incl. der Zoll- und Salzgefälle nach Abzug der Erhebungskosten

1) in Hechingen pro anno	58,278 fl. 6 fr.
davon ab die Ausgaben von Gefällen, Pensionen ic.	50,323 „ 2 „
so daß der Preuss. Staatskasse	7,955 fl. 4 fr.
oder ca. 4,540 Thlr. baar zufließen würden;	
2) in Sigmaringen	92,035 fl. 36 fr.
davon ab Pensionen, Gehälter, Bureaubedürfnisse ic.	52,020 fl. 18 fr.
also ein Netto-Ueberschuß von circa 22,866 Thlr. oder	40,015 fl. 18 fr.

Den höheren Betrag der fürstlichen Renten hofft man nach der Denkschrift durch Ersparungen in der Verwaltung und dergl. m. einzubringen. Uebrigens findet eine ständige Controle der Einnahmen und Ausgaben nicht statt. Die mit übernommenen Landesschulden betragen in Sigmaringen 274,000 fl. in Hechingen 175,400 fl.

Breslau, den 14. Januar. (Bresl. Ztg.) Am 1. d. M. hatten die Mitglieder des constitutionellen Wahlausschusses für Schlesien bei dem Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien Beschwerde darüber erhoben, daß ein königl. Landrath drei Partei-Maassregeln in Bezug auf die deutschen Wahlen im Kreisblatt amtlich publizirt, ja sogar deren Vorlesung den Dorfgerichten bei eigener Verantwortlichkeit zur Pflicht gemacht hatte; es wurde darauf angetragen, dem Herrn Landrath diese Ueberschreitung seiner Befugnisse zu verweisen und denselben anzuhalten, die Dorfgerichte von der ihnen auferlegten Verpflichtung durch eine neue Bekanntmachung im Kreisblatt zu entbinden. Dem ersten dieser Anträge ist gewillfahrt worden durch ein an den qu. Landrath gerichtetes Schreiben des Herrn Ober-Präsidenten, welches folgendermaßen lautet:

„Wenn ich auch den Gründen vollkommen Rechnung trage, welche Ew. ic. zur Rechtfertigung Ihrer Verfügung vom 25. v. M., wodurch Sie die Ansprachen a) des Central-Wahlausschusses der verbundenen conservativen Vereine des preussischen Staats, b) der Mitglieder der Rechte der zweiten preussischen Kammer, und c) des schlesischen constitutionellen Provinzial-Comités den Kreisvereinen zur Beachtung empfohlen haben, geltend machen, so kann es Ihnen doch nicht entgehen, daß der von Ihnen eingeschlagene Weg nicht der richtige ist, und daß durch einen solchen die Behörde sich mehr oder weniger dem Verdachte aussetzt, daß sie den Interessen einer Partei diene, was im amtlichen Leben vermieden werden muß. So sehr ich es mit den vorgelegten Staatsbehörden für Pflicht der Herren Landräthe halte, darauf hinzuwirken, daß die Wahl auf patriotisch gesinnte Männer gerichtet werde, so muß dies doch in anderer Weise geschehen, als es von Ew. ic. für zulässig erachtet worden ist. Wie wenig vorsichtig Sie Ihr gewiß gut gemeintes Verfahren eingerichtet haben, mögen Sie schon aus der Erwägung entnehmen, daß, wenn Sie den Dorfgerichten bei eigener Verantwortlichkeit die Vorlesung der gedachten Ansprachen im nächsten Gemeindegebote zur Pflicht gemacht haben, es Ihnen, wenn das eine oder das andere Dorfgericht die Befolgung dieser Anordnung unterläßt oder verweigert, an jedem gesetzlichen Mittel fehlt, Ihrem Befehle nachdruck zu geben. Indem ich Ihnen daher die mittelst Bericht vom 4. d. M. eingereichten, den Gegenstand betreffenden Acten anbei remittire, muß ich wünschen und erwarten, daß ähnliche Anstöße in Zukunft von Ihnen vermieden werden. Breslau, den 8. Januar 1850. Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien. Schleinitz.“

„Gewiß wird Jeder gern und dankbar den richtigen Takt anerkennen, welcher sich im vorstehenden Schreiben ausdrückt; aber man wird auch nicht umhin können, es aufs Tiefste zu bedauern, daß dem einen gerügten Beispiele unrichtigen Verfahrens inzwischen manche ähnliche gefolgt sind, welche nur dazu dienen können, das Mißtrauen zu erwecken und zu erhalten, daß unsere Behörden oft noch nicht die Stellung erkennen, welche ihnen in einem constitutionellen Staate angewiesen ist.“

Nach den, den 12. Jan. (N. Z.) In Bezug auf unsere gestrige Angabe über mehrere Landräthe des hiesigen Regierungsbezirks, welche in ihren Kreisblättern den Wahlaufschuß des Central-Vereins unter den amtlichen Nachrichten mitgetheilt haben, müssen wir berichtend bemerken, daß die hiesige Regierung, die unter ihrem Ressort stehenden Landräthe keinesweges zu jener Bekanntmachung aufgefordert hat, wie dies, den Zeitungen zufolge, von anderen Regierungen geschehen ist.

Hamburg, den 12. Januar. (Const. Ztg.) Die Frage über einen unbedingten Militärausfluß Hamburgs an Preußen und völlige Einverleibung des Hamburgischen Contingents in die Preussische Armee, taucht in allen politischen einflussreichen Kreisen immer wieder von Neuem auf, und ist auch schon im Senat zur Frage gekommen. Im Allgemeinen herrscht bei allen Verhältnissen große Neigung hierfür, wenn auch im größeren Haufen noch einige ganz unbegründete Vorurtheile dagegen sind, und die hiesige demokratische Winkelpresse, die das starke Preußen natürlich haßt, auf alle Weise dagegen zu wirken sucht. Es läßt sich auch nicht läugnen, gewichtige Gründe sprechen für den Anschluß, aber nur sehr wenige oder eigentlich gar keine dagegen. Eine große Handelsstadt von 160,000 Einwohnern, fast nur

eigenes, selbstständiges Militaircontingent zu bilden. Dasselbe wird stets verhältnißmäßig größere Kosten verursachen, als das eines größeren Staates, verdrängend alle Art in hohem Grade ausgeübt sein und gleichwohl nie die Stufe der militairischen Tüchtigkeit erreichen können, die man einer großen Armee viel leichter zu geben vermag. Schon alle größeren Uebungen, wie sie die Kriegskunst verlangt, können von wenigen Compagnien und Schwadronen nie ausgeführt werden, Versetzungen von Offizieren, mannigfache Verwendungen von Offizieren, wenn sie für den Felddienst nicht mehr tauglich sind, sind unmöglich u. s. w. Alles dies erkennen die gebildeteren Hamburgischen Offiziere auch selbst an, und der größte Theil derselben wünscht dringend, in die Preussische Armee ganz aufgenommen zu werden, zumal sie im Allgemeinen mit den hier jetzt stehenden Offizieren derselben in sehr guter, ja selbst herrlicher Eintracht leben, und sich gegenseitig schätzen und achten gelernt haben. In äußerer, eleganter Equipirung zeichnet sich übrigens das Hamburgische Contingent, dessen Infanterie fast ganz den Preussischen Jägern gleicht, sehr aus. Auch die zwei Schwadronen Dragoner sind trefflich beritten und würden darin jedem Preussischen Regimente Ehre machen. Im Falle die Militairconvention zu Stande käme, und wir zweifeln gar nicht daran, daß dies noch geschehen wird, würde dann stets eine Preussische Garnison hier bleiben. Es heißt schon, es solle zu diesem Zwecke baldigst eine eigene große Caserne auf dem „Grasbrock“, die 2000 Mann Infanterie fasse, erbaut werden, da die jetzige Infanteriekaserne sehr schlecht ist und schon längst abgebrochen werden sollte.

München, den 12. Jan. (Const. Ztg.) Da nach den revidirten Universitäts-Statuten die gesammte Studentenschaft dem Senate und Rectorate gegenüber durch selbstgewählte Abgeordnete vertreten werden soll, so werden im Laufe der kommenden Woche die desfallsigen Wahlen an der hiesigen Hochschule stattfinden. Es wurde festgesetzt, daß die Wahl eine direkte sein und auf je 100 Studirende ein Vertreter gewählt werden solle, so daß hier, wo im laufenden Semester die Zahl der Studirenden 1900 beträgt, 19 Abgeordnete zu wählen sind.

Mannheim, den 11. Januar. (Const. Ztg.) Gestern wurde hier G. von Struve's Schwiegervater, der alte Höggar arretirt, weil er beim Colportieren verbotener und aufreizender Flugchriften betroffen wurde. Der alte arme Mann findet im Gefängniß, was ihm besonders Noth thut, ein warmes Zimmer und gutes nahrhaftes Essen. — Der frühere Badische Minister Velt ist fast überall auf der Liste der entweder nach Karlsruhe oder nach Erfurt zu wählenden Abgeordneten, auch Trefurt's Name wird besonders oft genannt. Ueber die Wahlen gehen übrigens fortwährend aus allen Gegenden des Landes die besten und erfreulichsten Nachrichten ein, wir werden eine Kammer bekommen, ganz so, wie das erschütterte Land sie braucht. — Nach Aussage von Offizieren sind mehr als dreihundert (!) Unteroffiziere der früheren Badischen Armee ein Opfer der schmadyollen Emeute der Truppen geworden. Geblieben im Gefecht sind nicht viele, aber das Zuchthaus, das Arbeitshaus, die Strafkompagnien umfassen Hunderte, Andere sind gänzlich entlassen und, oft verpeirathet, dem Elend preisgegeben. Die nur leicht gravirten Unteroffiziere, deren Zahl wohl noch viel größer ist, werden sämmtlich wieder angestellt. — Die Wittersdorfer * || * Artikel in der D. P. A. Z. machen hier, im Lande seiner unheilvollen früheren Wirksamkeit, begreiflicher Weise viel Aufsehen, thun aber der Zeitung, in die er seine Weisheit ausgießt, vielen materiellen Schaden, denn sehr viele Abonnenten haben beim jüngsten Quartalwechsel der D. P. A. Z. Valet gesagt und sich der Deutschen Zeitung zugewendet.

Stuttgart, den 11. Januar. (Const. Ztg.) Ist es doch, als ob die Weihnachtsruhe, welche nach der Kammerauflösung die Bewegung unseres politischen Thums und Treibens suspendirte, dazu gedient hätte, Württemberg neue Kräfte einzuhauen. Denn kaum ist das neue Jahr „eingeläutet“, so sehen wir schon aller Orten eine Regsamkeit, welche sich in zwei verschiedene, von einander unabhängige Richtungen ergießt. Neben die scheinbar bevorstehenden Wahlen bis jetzt nur einen Einfluß auf die Polemik und Anempfehlung unserer Journale aus, so ist es einmal die Frage über die Bürgerwehr, welche das ganze Land, für und wider, beschäftigt. Das Bürgerwehrgesetz selbst, wie es gewaffnet aus dem Kopfe des Märzministeriums entsprang, findet kaum einen hinreichenden Anklang. Es handelt sich eigentlich nur um die Frage, soll das Volk bewaffnet bleiben und in pleno exercere werden, oder soll die ganze Bürgerwehr wieder fallen. Auf dem Lande und in den höheren Kreisen ist man total gegen die Bürgerwehr; hingegen verlangen die Städter mit ihren Jetter, Seest und Banien beharrlich die Aufrechterhaltung des Instituts in pleno; in der Mitte steht, wie gewöhnlich, die Partei der Modifikationen. Des Pudels Kern ist eben das Bewußtsein der beiden extremen Parteien, welches in der Bürgerwehr die immerwährende Möglichkeit der bewaffneten Revolution erblickt. Daher der heftige Streit für und wider. Wir unsers Theils halten das Projekt der Bürgerwehr aus den glorieuxen Tagen des März 1848 nicht für gänzlich zu verwerfen, und können nur auch hierin wieder der Württembergischen Regierung den Preussischen Musterstaat mit seiner Landwehr vor Augen führen. Die Anerkennung des Prinzips der organischen Gewaltthätigkeit gegen mißliebige Kabinets- oder Dynastiephasen kann keiner vernünftigen Regierung angemuthet werden. Auch hierbei sehen wir wieder, wie nothwendig der Anschluß Württemberg's an ein großes Ganze ist, weil nur dadurch die Lösung seiner wichtigsten, staatlichen Lebensfragen ermöglicht wird. Im Hinblick hierauf gereicht es uns zur besonderen Befriedigung, daß die zweite der oben erwähnten Richtungen in der wachsenden Agitation besteht, welche durch die immermehr begründete Ueberzeugung, „daß nur im Anschluß an das Preussische Bündniß für die bürgerliche Freiheit, für den bürgerlichen Wohlstand, für die deutschen Interessen Württemberg's die nöthige Garantie gegeben ist“, im ganzen Lande nicht gemacht wird, sondern naturgemäß aus der allgemeinen Stimmung der Intelligenz und des liberalen, constitutionell-gesinnten Bürgerthums resultirt. Aus vielen Landesgegenden laufen tagtäglich Erklärungen für den Anschluß an den Preussischen Bundesstaat ein; die Fraction Römer geht, in patriotischer Ueberwindung ihrer Sonderwünsche, mit Saft und Pack zum Erfurter Reichstage über. Die Einladung zu der am 13. Jan. in Plochingen ausgeschriebenen Versammlung, unterzeichnet von Männern aller Stände und Landesgegenden, wird Ihnen bereits zu Gesicht gekommen sein. Endlich begreift man die nothwendige Einigung aller Kräfte, die für den engeren Bundesstaat wirken wollen. Mittel und Wege durch Ideenaustausch zu gewinnen, ist das nächste Ziel jener Versammlung.

Westerreich.

Wien, den 14. Januar. (Berl. Nachr.) Das Ministerium hat die Errichtung einer öffentlichen homöopathischen Klinik (wohl der ersten in Europa) genehmigt. Der durch seine homöopathischen Kurverfahren rühmlich bekannte Dr. Wurm hat als Gründer und Director die-

ser Klinik bereits im Spital der barmherzigen Schwestern zwei Säle, den einen für männliche, den andern für weibliche Patienten zu diesem Zwecke herrichten lassen. — An die Jubelfeier, welche gestern das letzte Auftreten des Schauspielers Korn im Burgtheater herbeiführte, knüpften sich Beweise der Liebe und Verehrung für den Kaiser selbst von Seiten des dicht gedrängt versammelten Publikums. Korn erhielt nämlich während der Vorstellung die Medaille für Kunst und Wissenschaft, und indem er dafür seinen Dank mit tiefer Rührung aussprach, fand er ein bereitwilliges Echo in den Gefühlen der Versammlung. Der Beifall, womit das Publikum seinen langjährigen Liebling überschüttete, war grenzenlos. Der Kaiser und die ganze kaiserl. Familie waren anwesend. — Aus Padua wird gemeldet, daß die dortige Anstalt für die Ausbildung einiger Professoren der Universität wegen ihrer freimüthigen Vorträge, nach wiederholten Warnungen, mit Streichen gedroht habe, und man hatte auch schon Anstalten zur Application derselben gemacht. Einer der Professoren alterirte sich darüber so, daß er vom Schlage getroffen wurde. (?)

Am 6. Januar fand in Gran die Installation des Fürsten Primas Scitovsky Statt. Bis jetzt war der Primas von Ungarn der erste und vornehmste Prälat in der gesammten Oesterreichischen Monarchie; meistens erfolgte nach seiner Ernennung der Cardinalschub und der Fürstliche Rang; er krönte und salbte den König auf dem Reichstage. Seit uralten Zeiten war der Primas zugleich Reichs-Münzwarden, wofür er $\frac{1}{3}$ von jeder Mark Goldes oder Silbers einnahm.

Schweiz.

Baadt. Herwegh soll, obwohl Bürger von Baselland, vom Französischen Gesandten doch seinen Paß nach Paris erhalten.

Frankreich.

Paris den 12. Januar. Der spanische Gesandte soll heute dem Präsidenten der Republik die Schwangerschaft Isabella's amtlich angezeigt haben. — L. Napoleon will nächstens eine Lebensbeschreibung seiner Mutter, der Königin Hortense, herausgeben, ohne daß jedoch sein Name als Verfasser auf dem Titel genannt wird. Das Buch soll in 500,000 Exemplaren gedruckt und der Preis, um ihm Absatz zu verschaffen, sehr niedrig gestellt werden. — Unser Gesandter in Konstantinopel, Dupin, soll seine Entlassung begehrt haben, sein Gesuch jedoch abgelehnt worden sein. Es ist übrigens von seiner Ersetzung durch Lucian Murat die Rede. — Die Bank von Frankreich hat seit dem neuen, sie betreffenden Gesetze für 16 Mill. Fr. Noten ausgegeben, so daß ihr Notenumlauf jetzt 465 Mill. beträgt. Sie darf denselben bekanntlich bis auf 525 Mill. erhöhen. Ihr Vaarvorath beläuft sich jetzt auf 138 Mill. — Dupin wird nächstens der gesammten National-Versammlung ein großes Fest (Diner und Ball) geben; besondere Einladungen werden an alle Parteien derselben ergehen. — Als Kandidaten der konservativen Partei bei den bevorstehenden hiesigen Ersatzwahlen werden die Generale d'Hautpoul, d'Arbouville und der Bankier Chabrol de Champane genannt. — Gestern ward in den Abtheilungen der National-Versammlung über den vom Ministerium, d. h. von L. Napoleon eingebrachten Gesetz-Entwurf für Erhöhung des Soldes der Unteroffiziere berathen. Derselbe fand entschiedenen Widerstand und selbst Männer der gemäßigten Partei sprachen sich dagegen aus. Auch haben 13 unter 15 Abtheilungen das Projekt verworfen und dies durch die Wahl ihrer Commisars zur Prüfung desselben bezeichnet. Der Entwurf ward perfide und unmoralisch genannt; es wurde beklagt, daß man, um eine falsche Popularität zu gewinnen, in der Armee grobe Begierden anzuzugeln suche, wovon sie sich bisher freigehalten habe. Auch rügte man, daß das Budget mit einer Ausgabe von 2 Mill. belastet werden solle, während von allen Seiten auf Ersparnisse gedrungen werde. Nur die besondern Anhänger des Glysée stimmten für den Entwurf, den die Versammlung allem Anscheine nach mit großer Majorität durch Hiniauschiebung bis zur Diskussion des organischen Gesetzes über die bewaffnete Macht vorläufig beseitigen wird, was sie freilich bei einem wichtigen Theile der Armee leicht unbeliebt machen kann. — Der „Constitutionnel“ erklärt heute die allgemein geglaubte Nachricht, die Regierung wolle eine Expedition von 2000 Mann nach Montevideo absenden, für unbegründet. Gestern hatte Lord Normanby eine lange Unterredung mit L. Napoleon, welcher ein Ministerrath folgte. — Man spricht wieder von einer demnächst zu erwartenden Botschaft L. Napoleons an die Versammlung. — Die Mitglieder des Berges haben an alle Elementarlehrer ein Manifest erlassen, worin sie ihnen rathen, noch vor der amtlichen Verkündigung des sie betreffenden Gesetzes ihre Entlassung zu nehmen, weil ihnen dann nicht verwehrt werden könne, in ihren bisherigen Schulgemeinden als Privatlehrer zu bleiben. — Das Central-Consistorium der Israeliten hat dem Minister des Unterrichts und der Culte seine Entlassung eingeschickt, weil es eine systematische Bedrückung und Verfolgung der Israeliten seitens der jetzigen Regierung zu bemerken glaubt. — Das erste Symptom der Steuerverweigerung hat sich zu Roode, dem Hauptorte eines Bezirks, kundgegeben. Der dortige Gemeinderath hat sich geweigert, das Budget für 1850 zu votiren. — Der Justiz-Minister hat einer aus den bedeutendsten Rechtskundigen, wie Dupin, Portalis, Barthe, Baroche, Troplouy u. s. w., zusammengesetzten Commission die lange schwebenden Ansprüche der Familie Bonaparte an den Staatschatz vorgelegt, die von dem Betrage von Fontainebleau herrühren und sich gegenwärtig auf nicht weniger als 20 Millionen belaufen. Die Restauration, welche den Betrag von Fontainebleau wegen der darauf folgenden Ereignisse für vernichtet hielt, ließ diese Ansprüche unberücksichtigt. Nach der Juli-Revolution sprach sich der Staatsrath auf die erneuten Reclamationen der Familie Bonaparte befürwortend dafür aus, allein Ludwig Philipp wußte diesen Ansprüchen anzuschreiben. Es wird versichert, daß die gegenwärtig mit der Prüfung derselben beauftragte Commission dafür gestimmt ist, und daß die Regierung mit nächstem nach eingeholtem Gutachten des Staatsrathes der National-Versammlung einen Gesetzentwurf zur Auszahlung der von Frankreich an die Familie Bonaparte geschuldeten Summen vorlegen wird.

— Im Anfange der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird bei fast leeren Säulen die Discussion des Gesetzentwurfs für Instandsetzung des Saales der alten Deputirtenkammer für die Sitzungen der Nationalversammlung fortgesetzt. Der bekannte Astronom Leverrier u. A. nehmen das Wort gegen den Gesetzentwurf, welcher auch nach Beendigung der allgemeinen Discussion verworfen wird, indem die Versammlung entscheidet, daß gar nicht zur Discussion der einzelnen Artikel geschritten werden soll. Hierauf wird über den Vorschlag von Dédier zur Ernennung eines besondern Ausschusses behufs Ausarbeitung der Algerien versprochenen Gesetze berathen. Die Commission zur Prüfung des Vorschlages hat sich durch ihren Berichterstatter de Locqueville dafür ausgesprochen, obgleich der Kriegsminister d'Hautpoul sich der Inbetrachtung des Vorschlages widersetzt hatte. Barrault, Repräsentant für Algerien, entwirft ein düsteres Gemälde von dem Zustande dieses Landes unter

der Militärherrschaft und ist der Ansicht, daß Algerien entweder aufgegeben oder mit einer Civilgesetzgebung, welche die Colonisation befördere, ausgestattet werden müsse. Er stellt mit der Anzahl der französischen Colonisten in Algerien, die sich nur auf 27,000 beläuft, die Anzahl von Bayonnetten (60,000) zusammen, die zur Besetzung jener nöthig sind, um die Schlechtigkeit des gegenwärtig in Algerien herrschenden Systems, das er mit dem Namen des „Corporatismus“ belegt, nachzuweisen. Er hält es unter diesem System, das Algerien zu einem Leben des Kriegesministers mache, für unmöglich, daß die Colonisation aufkomme. Hierzu tritt nach ihm noch die großartige Wucherherrschaft hinzu, um die Colonisten zu verschrecken oder zu Grunde zu richten. Mit vieler Aufmerksamkeit wird angehört, was er über die letzten Ereignisse in der Zaatcha sagt. Er schreibt den blutigen Aufstand dieser Dasis lediglich der Erhöhung der Steuer auf die Dattelbäume von 25 Centimes per Stück auf 50 Centimes und der Belegung der bisher abgabefreien Marabouts mit einer Steuer zu. Er rühmt sodann, was die Generale Cavaignac und Lamoriciere für die Anbahnung der Civilisation Algeriens gethan haben, tabelt den vorigen Kriegsminister, daß er die Bestrebungen dieser beiden Männer wieder rückgängig gemacht habe, und wirft dem gegenwärtigen Kriegsminister vor, auf die Wiederherstellung des unbedingtesten Militardepotismus in Algerien hinzuwirken. Hauptpoul erklärt hierauf im Namen der Regierung, daß er sich der Bildung der in Rede stehenden Commission zur Ausarbeitung von Gesetzen für Algerien nicht widersetze, gibt aber zu verstehen, daß er weder viel Lust noch Zeit habe, um der Commission bei ihren Arbeiten behülflich zu sein. Die Ernennung einer Commission von 15 Mitgliedern durch die Abtheilungen wird beschlossen und die Sitzung aufgehoben.

Großbritannien und Irland.

London, den 12. Jan. (Köln. Z.) Aus Irland erhalten wir fast täglich Nachrichten von neuen Niederlagen der dortigen Protectionisten. Es ist eine gewöhnliche Erscheinung, daß sich bei den von ihnen zusammenberufenen Meetings ihre Gegner, die Freihändler, in überlegener Zahl einfinden und den Sieg davon tragen. Das Streben über den Schutzöllnern feindlichen Bewegung in Irland ist vornehmlich darauf gerichtet, die Lage der arbeitenden Klassen einestheils durch ein verbessertes System der Cultur und durch vermehrte Anlegung von Capital und Arbeit, anderentheils durch Herabsetzung des Pachtzinses und durch Festsetzung des Eigenthumsrechtes, welches der Pächter in Folge von ihm vorgenommener Verbesserungen beansprucht, zu erleichtern. — Die mit dem Verkauf belasteter Güter beauftragte Commission wird in der nächsten Zeit vollaus zu thun haben. Mehr als 300 Petitionen sind ihr bereits eingereicht worden. Die Güter, auf welche sich diese Petitionen beziehen, repräsentieren an Werth wenigstens den zwölften Theil des gesammten Irischen Grundbesitzes. Meist sind sie in den südlichen und westlichen Provinzen gelegen; die jährlichen Einkünfte von drei derselben — Pecos des Königreichs gehörig — belaufen sich auf 100,000 Pf. St. Eine so ausgedehnte Wirksamkeit hat die Commission sich in der kurzen Zeit von drei Monaten — länger ist es nicht her, seit ihre Thätigkeit zuerst in Anspruch genommen wurde — erworben. — Unter dem Voritze Prinz Albert's fand gestern in dem neuen Pallaste zu Westminster (Parlaments-Gebäude) die erste Versammlung der im Interesse der großen Industrie-Ausstellung des Jahres 1851 ernannten Commission statt. Unter den anwesenden Mitgliedern befanden sich Sir Robert Peel, der Handelsminister Labouchere, Sir Charles Lyell, Herr Cobden ic.

Donau-Fürstenthümer.

Jassy, den 20. Dec. (Köln. Z.) Dieser Tage wird der Ober-Commandant der Russischen Occupations-Truppen, General-Lieutenant Lüders, hier erwartet. Er wird sich von hier aus in das Kloster Niamzu begeben, für dessen Vorsteher er den Kaiserlich Russischen Annen-Orden mitbringt; das Kloster selbst erhält ein Kaiserliches Geschenk von zwölf reichen Kirchengewändern. — Fürst Ghika hat auf das Intimations- und Invitations-Geschenk von 100,000 Ducaten zu Gunsten des Landes verzichtet. Die durch Geist und Schönheit gleich ausgezeichnete Fürstin Ghika ist an einer schmerzlichen Krankheit gestorben.

Bermischtes.

In den großen Firmen J. A. Brochhaus und Brochhaus und Avenarius sind seit dem Schlusse des Jahres 1848 einige Veränderungen eingetreten, welche auch in weiteren Kreisen interessiren dürften. Das Geschäft von Brochhaus und Avenarius wird mit dem von J. A. Brochhaus vereinigt, und dies letztere von Heinrich Brochhaus allein, mit Uebernahme aller Activen und Passiven, und in derselben Ausdehnung, wie bisher, fortbetrieben. Friedrich Brochhaus zieht sich ganz aus dem Geschäft zurück und hat sich in Sachsen angekauft; Avenarius begründet mit Hermann Wendelssohn aus Berlin ein neues Buchhändler-Geschäft in Leipzig.

Das „Morgenblatt“ enthält interessante Mittheilungen über G. A. Bürger, von H. Bröhl. Es ist darin zum ersten Male die Vitschrift abgedruckt, womit sich Bürger an Friedrich den Großen wandte, um in seinen Diensten angestellt zu werden. Der Minister von Garner hatte das Schreiben an einen Herrn v. Zedlitz gegeben, mit der Bemerkung, daß er dem Dichter eine Professur ertheilt sehen möchte. v. Zedlitz referirte darauf: „Wenn auch gleich der jetzige Chur-Hannoversche Justiz-Amtmann Bürger durch seine von Zeit zu Zeit herausgegebenen übersetzten Stücke des Homer eine nicht gemeine Kenntniß der Alten bewiesen und auch als Dichter sich bewandelt hat, ihm erworben hat, so ist er doch, wie das der Fall der heutigen mit dem Gentewesen sich auszeichnenden Schöngelister ist, zum Erzähler und Jugendlehrer nicht zu gebrauchen. — Ueberhaupt ist an Leuten, die die alten Sprachen verstehen, eben kein Mangel, und da ich besonders darauf Bedacht nehme, alle Gelegenheit aus dem Wege zu räumen, daß die Jugend keinen frühen Hang zu der alle Seelenkraft und alle zu Geschäften erforderliche Thätigkeit untergrabenben Poeterei bekomme, so kann ich mit gutem Gewissen den Bürger, so sehr ich ihn auch schätze, in meinem Departement nicht versorgen.“

Kammer-Verhandlungen.

84. Sitzung der zweiten Kammer vom 15. Januar. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Der Herr Finanzminister legt einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Besteuerung des inländischen Rübenzuckers, vor. Der Herr Kriegsminister überreicht einen Gesetz-Entwurf von der Unterstützung hilfsbedürftiger Familien von Reserve- und Landwehrmännern, bei außergewöhnlicher Einberufung, handelnd. Beide Entwürfe werden an die betreffenden Commissionen verwiesen. Die Kammer geht hierauf zur Tages-Ordnung der weiteren Berathung über den zweiten Theil des Budget-Berichts, zu den directen Steuern, über. Es wird ein Antrag eingebracht: Die Kammer wolle für erforderlich erklären, daß die Aufhebung der noch be-

stehenden Grundsteuerbefreiungen in nächster Zeit vollzogen werde. Im Laufe der Debatte erklärt Abg. Kensing, als Vorsitzender der Finanz-Commission, daß das Einkommensteuergesetz fertig und seine Vorlegung nur durch die neue Infragestellung des Gesetzes vom 4. April 1848 verzögert sei. Hierauf wird der vorerwähnte Antrag angenommen.

Nach einer weiteren Debatte über die Grundsteuerfrage, in der Abg. Graf Arnim erklärt, er sei nicht gegen die Ausgleichung der Grundsteuer, er wünsche nur, daß die Zweifel, ob eine Entschädigung zu fordern sei, recht bald zur Sprache kämen; in der fernern der Abg. v. Bismarck-Schönhäusen seine Ansichten entwickelt, die eine Entgegung des Abg. v. Beckerath hervorruft, wird der Etat der Grundsteuer für 1849 mit 10,329,541 und für 1850 mit 10,106,493 Thaler angenommen.

Der Abschnitt über die Klassen- und Erbschaftsteuer verursacht ebenfalls eine längere Debatte. Die Commission ist der Ansicht, die Regierung sei nicht befugt gewesen, in einigen Städten die Klassensteuer einzuführen und die Maßsteuer aufzuheben. Abg. Graf Arnim beantragt, die Regierung aufzufordern, eine gleichmäßige Erhebungsart der Klassensteuer durch die ganze Monarchie einzuführen. Der Finanz-Minister bemerkt, daß das Prinzip dieses Antrages einer Regierungs-Vorlage an der Spitze stehe. Demohngachtet wird der Antrag angenommen.

Die Annahme der Gesamtsomme der directen Steuern wird ausgesetzt.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung: morgen, 10 Uhr.

Locales etc.

Posen, den 18. Januar Mittags. Das Schneegestöber dauert ununterbrochen fort. Weder Bahnzüge noch Posten werden mehr expedirt, da weder Lokomotiven noch Pferde zurückkommen können. — Gestern Nachmittag 4 Uhr kamen die vorgestern fälligen, Berliner Zeitungen vom 16ten, per Estafette hier an. Durch gleiche Beförderung kommen so eben die gestrigen Blätter an. Die gestern zur Aufnahme der Passagiere abgedachten Postwagen haben nicht bis Samter vordringen können. Der Eisenbahnzug hatte vor dem gedachten Orte an einer Stelle 17 Stunden lang gelegen. Die Ober-Postdirekt. thut alles Mögliche, um einer gänzlichen Unterbrechung des Postverkehrs vorzubeugen. Auf ihre Veranlassung sind Seitens der Eisenbahn-Direktion 500 Arbeiter abgeschickt, um den zwischen Kofitnica und Samter, wie gestern von uns gemeldet, festliegenden Train loszumachen und die verschneiten Bahnstrecken zu räumen. Neben der Unbequemlichkeit des gebemmen Verkehrs steht noch beim Schmelzen des Schnees übermäßige Anschwellung der Warthe und der übrigen Gewässer in bedrohlicher Aussicht. Unsere Stadt kann derselben nur mit Besorgniß entgegensehen, da bereits früher mehrmals der untere Stadtheil, die Gerberstraße mit eingeschlossen, demassen überschwemmt war, daß man dort nur mit Kähnen die Verbindung erhalten konnte; in früheren Zeiten, im J. 1789, ist das Wasser sogar bis auf den Markt gedrungen, und, wie Tafeln in einigen Häusern ergeben, bis 8 Fuß hoch in dieselben gestiegen.

β Posen, den 18. Januar. Am gestrigen Tage ist der Ingenieur-Lieutenant Wilhelm Rüstow, welcher seit einiger Zeit hier in Garnison steht, verhaftet und vorläufig in das Arrestlokal der Hauptwache gebracht worden. Derselbe war schon längere Zeit vom Dienste suspendirt und wegen verschiedener dienstlicher Vergehen in Untersuchung. Seine Ende December v. J. in Königsberg bei Adolph Samter erschienene Flugschrift: Der Deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, war alsbald von der dortigen Polizeibehörde mit Beschlag belegt worden (cf. Nr. 3. d. Z.) und hat dem Autor eine neue Anklage zugezogen. Die Untersuchung, welche zuerst in Königsberg eröffnet worden, ist demnächst vor Kurzem an die hiesige Staatsanwaltschaft abgegeben worden, und soll hiermit die erfolgte Verhaftung in Zusammenhang stehen.

Posen, den 13. Jan. (Gaz. polska.) Der Correspondent des Gzas schreibt vom 31. December: „Die Nachricht, welche ich Euch mittheilte, daß nämlich über unseren Erzbischof Przulski von der Preussischen Regierung beim heiligen Vater Beschwerde geführt worden sei, bestätigt sich. Der heilige Vater soll an den Erzbischof ein Schreiben erlassen haben, über dessen Inhalt ich aber noch nichts habe in Erfahrung bringen können. Es wird, wie es scheint, sehr geheim gehalten.“

Man muß befürchten, die jetzt unter den Regierenden herrschende Solibariät werde einen bösen Einfluß auf die Ansichten des Papstes haben. Doch wiederhole ich nicht, was gesprochen wurde. . . In Allen, was Rom anberührt, ist es schwierig eine Meinung zu äußern, selbst dann, wenn Thatfachen klar und bestimmt zu Tage liegen. Jeder Zweifel legt daher schon Schweigen auf.“

Frankfurt, den 16. Januar. Die bevorstehenden Wahlen zum Erfurter Parlament haben auch in unserer Stadt und Umgegend im Vergleich zu den früheren Wahlen bis jetzt sehr geringe Thätigkeit der verschiedenen politischen Parteien veranlaßt. Die Demokraten werden sich, wie das vorige Mal, der Wahl ganz enthalten und wenn ja einige frühere Nichtwähler sich betheiligen, so ist es sehr fraglich, ob sie es aus Ueberzeugung, oder aus anderem Interesse thun. — Die Constitutionellen sind entschieden für das Wählen, weil sie von dem Erfurter Parliamente nur noch einzig und allein das Heil Deutschlands und Ruhm und Größe für Preußen erwarten. Dieserhalb wurde auch von Einigen in der letzten Nr. unseres Volksblattes ein Ausruf zur Bethheiligung bei den Wahlen erlassen, während unser Lokallblatt dieses Schweigen in diesem Punkte beobachtet. — Die Wahllisten weisen in Folge des Wahlgesezes dies mal bei Weitem nicht die Anzahl Urwähler auf, wie früher; so soll z. B. von 6 Lehrern an einer Schule nur die Hälfte mitwählen, weil diese außer der Wahl- und Schlachtsteuer auch noch zur Kommunal-Einkommensteuer zugezogen sind, während die andere Hälfte derselben ihres wiedern Gehaltes wegen keine Einkommensteuer zahlen. — Was die politische Meinung selbst betrifft, so läßt sich unter den jetzigen Umständen und Verhältnissen ein zuverlässiges Urtheil nicht abgeben, denn sehr Viele halten mit ihrer wahren Ueberzeugung aus Vorzicht zurück, zumal wenn sie sich fortwährend erinnern müssen, wie sehr die hiesige Gegend, und namentlich unser Ort in neuerer Zeit durch die vielfachen Veränderungen verloren, sowohl in mercantillischer Beziehung überhaupt verloren und Ersatz dafür zu erhalten keine Aussicht hat.

β Birnbäum, den 15. Januar. Auch hier hat sich der Fall ereignet, daß ein in R. wohnender Mühlenbesitzer seinem Sohne in der Taufe den Namen „Waldeck“ beigelegt wissen wollte. Der bei der Tauf-Handlung beschäftigte Prediger lehnte dies jedoch ab, weil Waldeck kein Tauf- sondern ein Familienname sei. Mit Zustimmung der Taufzeugen und der, zur kirchlichen Einsegnung sich in der Kirche befindenden Mutter erhielt das Kind einen andern Namen.

Der Vater, der darüber sehr empfindlich gewesen ist, daß man sein Verlangen nicht erfüllt hat, will nun sein Recht bei der vorgesetzten Behörde des betreffenden Geistlichen suchen und wir sind sehr gespannt, wie das Konfistorium die Sache entscheiden wird.

8 Gnesen, den 15. Januar. (Schwurgerichts-Verhandlungen.) Die Montagsitzung des hiesigen Schwurgerichts war einer wenig bemerkenswerthen Verhandlung über thätliche Widersechtheit von Holzdieb u gegen einen Forstbeamten bestimmt. Der ältere der beiden angeklagten Brüder wurde zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt, der jüngere freigesprochen. Das Object des Diebstahls — einige Stangenholzer — war nur wenige Groschen an Werth.

In der heutigen Sitzung wurden zwei Prozesse wegen Majestätsbeleidigung verhandelt und in beiden die Angeklagten freigesprochen, in dem einen Falle von überwiegender Polnischen, im anderen von überwiegender Deutschen Geschworenen. Es war zunächst ein Polnischer Einwohner des Bongrowiceer Kreises, der Schmähungen gegen Civil-Behörden und Militär, und dann auch gegen den König ausgesprochen haben sollte. Die Belastungszeugen waren aber in ihrer Aussage über die incriminirte Aeußerung des Angeklagten durchaus uneins, und der Hauptbelastungszeuge, der Denunciator, war Krankheitshalber abwesend. Während dieser auch den Namen des Königs bei jenen Schmähungen gehört haben wollte, sagte ein anderer Zeuge nur aus, Belastet habe zugleich auf den Preußen (Prusak) geschimpft. Es wurde außerdem festgestellt, daß der Angeklagte schon zuvor angetrunknen, sich im Augenblicke jener Aeußerungen durch den in kurzer Zeit erfolgten Genuß von noch einem ganzen Quart Branntwein, in sinnlos betrunkenem Zustande befunden habe. Hiernach konnte das Nichtschuldig nicht übertrassen. Zu bebauern ist nur, daß so schwach begründete Anklagen noch vor die Assisen gezogen werden, weber die Würde des Gesetzes, noch des Gerichts gewinnt dabei. Ein peinliches Gefühl schien uns deshalb über dem Gerichtshofe zu schweben, und auch die Staatsanwaltschaft jenes Bedauern zu theilen.

In dem zweiten Falle war eine Polnische Frau des hiesigen Kreises beschuldigt, eine gemeine Aeußerung in Bezug auf den König gethan zu haben, welche eine Majestäts-Beleidigung enthielt. Die Beklagte will aber den König durchaus weder gemeint noch genannt haben, und die mündliche Verhandlung gewährte ein für sie sehr günstiges Resultat. Es war nämlich nach der Voruntersuchung der Hauptbelastungszeuge rechtskräftig zu längerer Haft verurtheilt worden, wegen Verleitung zum Meide, und außerdem schon früher wegen Diebstahls bestraft. Der andere Zeuge war sein Sohn. Beiden Zeugen haben wohl die Geschworenen um so mehr die Glaubwürdigkeit ab erkannt, als andere dabei gegenwärtige Zeugen die belastende Aeußerung nicht gehört haben wollen. Auf den Antrag des Defensors erfolgte mithin auch hier das „Nichtschuldig.“

Noch eines Punktes müssen wir hierbei mit einigen Worten gedenken. Der Defensor bemängelte als Moment der Bertheidigung die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen auch wegen dessen jüdischer Confession, obwohl er auf die Aufhebung der dessfallsigen Gesetzgebung hinwies, und in einer früheren Schwurgerichts-Verhandlung ist von Seiten eines anderen Defensors dasselbe Mittel der Bertheidigung ebenfalls in Anwendung gebracht worden. Wir wissen allerdings, daß die frühere Gesetzgebung die Glaubwürdigkeit der Zeugen auch nach der Confession classificirte und privilegirte; wir gestehen gern zu, daß seiner Zeit Grund dazu vorhanden gewesen, und wollen sogar zugeben, daß das jüdische Proletariat hiesiger Provinz noch jetzt viel unzuverlässiger, weit unselbstständiger und durch allseitige Verhältnisse gedrückt sein mag, als jedes andere Proletariat im Vaterlande; — nachdem aber jetzt die Gleichberechtigung der Confessionen im Staatsleben anerkannt und damit die Humanitätsidee von Kanzel und Katheder mitten in das wirkliche Leben des Forums versetzt ist, so giebt es nun keinen andern Weg, als vorwärts zu gehen, und die Klust, welche die Confessionen thätlich noch im bürgerlichen und geselligen Leben trennt, dadurch verschwinden zu machen, daß man sie durch die geordnete Entwicklung des ganzen Volks zu menschlicher und positiver Selbstständigkeit stille verwachen läßt. Dazu ist es aber nicht geeignet, wenn Auct- und Seitenblicke der gedachten Art immer wieder an dies traurige Erbtheil der Vergangenheit mahnen, und hüben und drüben den verglimmenden Funken alten Vorurtheils und alter Leidenschaft wieder anzufachen. Man möge es uns nicht verargen, wenn wir die besprochenen Bezugnahmen selbst dadurch nicht für gerechtfertigt erachten, daß der Vortheil ihrer Clienten die Defensoren dazu veranlaßte. Denn in dem letzten Falle kam es bei der Unglaubwürdigkeit eines Verbrechers wohl darauf wenig mehr an, daß es ein jüdischer Verbrecher war; überhaupt aber können wir jenen Grund nicht für unbedingt maßgebend erachten. Jene Ansicht, wonach der Anwalt keine andere Rücksicht und keinen andern Ruhm kannte, als zum Vortheil seines Clienten auf das pfiffigste zu calculiren und zu agitiren, gehört doch, wie uns gewiß gern zugestanden wird, nur in die Zeit der hochmuthwilligen Halsgerichtsordnung und des geheimen inquisitorischen Processes, nicht aber in die frischekluft des freien öffentlichen Gerichtsverfahrens, welches uns auch der Stellung der Rechts- und Staatsanwälte, gegenüber der von ihnen vertheidigten Sache, einen andern Boden, den Boden mündlicher, grader, selbstständiger Ueberzeugung und hinterhaltslosen offenen Hervortretens, doch auch, zugleich mit der Organisation der Gerichte als Volksinstitute, die Rücksicht auf den ganzen Organismus des staatlich bürgerlichen Lebens anverletzt zu haben scheint.

Ein Correspondenz-Artikel aus Trzemezno giebt dem Gerüchte nach die Kosten des in voriger Woche hier verhandelten Montfre-Processes, soweit sie die Zeugengebühren betreffen, auf 800 Thaler an. Darin hat denn das Gerücht aber doch etwas zu hoch gegriffen; es wird wohl die Hälfte jener Summe ziemlich genügen.

zur Chronik Posen's. (Fortsetzung.)

Aus welchem Material dieses Schloß ursprünglich erbauet war, läßt sich aus den alten Documenten nicht ersehen; es scheint jedoch, daß es schon vor Kasimir dem Großen massiv gebaut war, denn sogar zu den Zeiten Przemyslows waren steinerne, große Gebäude in Großpolen nicht selten. Dieses Schloß war der Wohnort von nur 2 Regenten, nämlich Przemyslows I. und seines Sohnes Przemyslows II. Nach dem Tode des Letzteren wurde es zu andern Zwecken benutzt. Als sich Wenzel, König von Böhmen, des Polnischen Thrones bemächtigte, setzte er in Großpolen einen Stellvertreter (Statthalter) ein, der im Schloße des großpolnischen Pfaffenstammes wohnte. Auch die Nachfolger Wenzels hatten in dieser Provinz ihre Stellvertreter, welche Generäle von Großpolen genannt wurden. Zu den Vorrechten und Verpflichtungen dieser Generäle gehörte unter andern die Aufsicht über die Gerichtsbarkeit oder über die Gnadengerichte. Diese Mo-

ener Grobgerichte wurden daher in einem Theile des Schlosses Przemyslaw abgehalten. Mit der Zeit gerieth dasselbe in Verfall, und Kasimir d. G. erbaute es aufs Neue aus Ziegelsteinen und besetzte es. Nach dem Tode Ludwigs, Königs von Ungarn und Polen, litt es außerordentlich in den Kriegen der Orzmalas mit Kalcz, denn es wurde als Festung benutzt. Im Jahre 1536 den 2. Mai ging es bei der großen Feuersbrunst der Stadt mit allen Gebäuden in Flammen auf; allein die Grobacten, die darin niedergelegt waren, wurden glücklicher Weise gerettet. Einige Jahre später richtete es Andreas Görka, damals General von Großpolen, aus den Trümmern wieder auf. Und dies wird sicher das Gebäude gewesen sein, dessen die 1565 beendigte Revision erwähnt. Das Instruktions-Protokoll des damaligen Burgrichters und Stellvertreters in Posen, Balcer von Strzeszmienski aus Krzianka (Schönlanke) und des Burggrafen, Nicolaus v. Sylawski, vom 3. Januar 1565 giebt den Lesern ein Bild von der ehemaligen Lage und Gestalt des Posener Schlosses im 16. Jahrh. und zugleich macht es sie mit der Zusammenfügung des Grob-Beamtenswesens in dieser Epoche bekannt. In Süden des Schlosses waren wohlbesetzte Stadthore mit Pforten, von ihnen führte eine 13 Ellen lange, 3 Ellen breite und 12 Ellen hohe Mauer bis zu den Gebäuden in Westen. Diese waren massiv, unter ihnen große, mit Kreuzgewölben versehene Keller (pilonica) mit eisernen Gittern versehen und vor ihnen hohe Erdwälle aufgeführt. Hier lagen auch die Gefängnisse und die Bäckerei, sämmtlich mit Fenstergittern versehen; alle Keller waren mit Ziegeln gepflastert und Thüren und Fenster mit behauenen Steinen eingefaßt. Ueber den Kellern befanden sich Gemächer mit theils einfachen, theils gemalten Gläscheiben und Kachelböden von verschiedener Farbe und Gestalt. Die Meubles waren der Beschreibung nach höchst einfach und von geringer Anzahl. Alle diese Zimmer hatten Kreuzgewölbe, waren mit Ziegeln gepflastert, einige getäfelt, die Ofen hatten gemauerte Fundamente; Thüreinfassungen, Fensterrahmen und Gesimse waren von Eichenholz; in einigen waren Gallerieen für Musikanten, in den meisten aber Rechen zum Aufhängen der Kleidungsstücke angebracht. Auf dieser Seite lagen ebenfalls die Prachtzimmer, welche sich durch Malereien an den Wänden und durch Stuckaturarbeit an den Decken und Thüren, so wie durch gemalte Fensterscheiben vor den übrigen auszeichneten. Auf derselben Seite nahe bei diesen Gemächern, stand eine bloße, 7 Ellen hohe und 29 1/2 Ellen lange Mauer, an welcher man deutlich bemerkte, daß früher 2 Gebäude bestanden, welche durch diese Mauer getrennt waren. Gegen Norden lagen geräumige, zur Hälfte aber wüste Gebäude; in einer Ecke zwischen denselben befand sich ein tiefer, ausgemauerter Brunnen. Gegen Osten zog sich von den hier liegenden Gebäuden eine 65 Ellen lange und ziemlich hohe Mauer bis zu der Südmauer hin. Auf dieser Seite lag auch die herrschaftliche Kirche. Diese Gebäude, mit Schindeln gedeckt, enthielten viele Zimmer, ganz wie die obigen eingerichtet. In einer Ecke zwischen der S- und W-Seite stand ein vieredriger Thurm, so hoch, wie die Gebel der höchsten Gebäude, dessen Thür zugemauert war und der ohne Bedachung dastand. Neben diesem stand ein Anbau, dessen Bestimmung nicht bekannt ist. Am Eingange des Schlosses führte eine auf beiden Seiten mit Geländern versehene, 56 Ellen lange Brücke über einen Kanal auf den Schloßplatz. Ebenfalls

ging von dem Thurm, der an der Ecke des Schlosses stand, eine 65 Ellen lange, 9 Ellen hohe, und eine zweite noch höhere Mauer bis zum Gehöfte der Herrschaft Popowski. Hinter dem Wohngebäude derselben befand sich gegen die Mauer hin ein massiver Pferdestall für 100 Pferde. Neben diesem Stalle stand ein Thurm auf der Mauer, von dem man jedoch Sparren und Latten nebst Hohlziegeln abgenommen hatte, dessen Zimmer jedoch noch ziemlich erhalten waren und benutzt wurden.

Verantw. Redacteur: G. G. S. Violet.

Angekommene Fremde.

Rom 18. Januar.

Laut's Hôtel de Rome: Kfm. Ulrich a. Breslau; Fabrikant Zierocki a. Hammerstein. Schwarzer Adler: Die Gutsb. v. Diezhuista a. Grablewo u. Vandelow a. Latalice; Domainenpächter Johannis a. Dzielanowice. Bazar: Partit. Berendes a. Brody; Austult Chylewski a. Berlin; die Gutsb. A. Radoniski a. Krzeszlic; Plater a. Gory u. F. Radoniski a. Ninino. Hôtel de Berlin: Frau Gutsb. v. Karzhuista a. Chwarkowo; die Gutsb. v. Sawicki a. Gr. Rbno; Graf v. Szokdrski a. Jydowo; Mesner a. Bogdanowo; Grunwald a. Myszczyszewo; v. Drzewski a. Stofcin; v. Wittkowski a. Miastowice u. v. Lubinski a. Wola Czerwowska; Probst Niemitocki a. Pinne; die Gutsb. Plewkiewicz a. Radlewo u. v. Zabowski a. Wiewiorzyn. Hôtel de Paris: Probst Striebel a. Grabowo; Inspector Michkowski a. Sady; Gutsb. Pradzinski a. Klinez. Drei Willen: Restaurateur Wals a. Dbrzyno; Bürger Sepinski a. Samter. Im Eichborn: Die Kauf. Poschwig a. Ob. Slogau u. Wendelsohn a. Kempen. Große Eiche: Oekonom Fr. Suchorzewski a. Wrotkowo. Im eichnen Krauz: Kfm. Sachmann a. Lissa.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 20. Januar e. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche Pm.: Herr Ober-Prediger Hertwig. — Nachm.: Herr Pred. Friedrich. Ev. Petrikirche. Pm.: Herr Conf.-Rath Dr. Siedler. Garnisonkirche. Pm.: Herr Milit.-Oberpred. Niese. — Nachm. 2 Uhr: Herr Div.-Pred. Vork. Christkathol. Sem. Pm. u. Nachm.: Herr Prediger Post. Ev. Luther. Sem. Pm.: Herr Pastor Dr. Franke. — Nachm.: Herr Pred. Böhringer. Im Tempel des israel. Brüder-Vereins. Sonnabend Pm. 9 1/2 Uhr: Gottesdienst und Predigt. In den Parochien der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 11. bis 17. Januar 1850: Geboren: 5 männl., 3 weibl. Geschlechts. Gestorben: 4 männl., 4 weibl. Geschl. Getraut: 7 Paar.

Markt-Bericht.

Berlin, den 15. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26 1/2—28 Rthlr., pr. Frühjahr 27 Rthlr. Br., 26 3/4 verk., pr. Mai-Juni 27 1/2 Rthlr. Br., 27 verk., Juni-Juli 28 1/2 Rthlr. Br., 28 verk. Gerste, große loco 20—22 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach

Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50 Pfd. 16 1/2 Rthlr. Br., 16 G. Erbsen, Kochwaare 34—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rübol loco 13 1/2 Rthlr. Br., 13 1/2 G., pr. Januar 13 1/2 Rthlr. Br., 13 1/2 G., Jan.-Febr. 13 1/2 Rthlr. Br., 13 1/2 G., Febr.-März 13 Rthlr. bez. u. Br., 12 1/2 G., April-Mai 13 a 12 1/2 Rthlr. verk., 12 1/2 Br. u. G. Leinol loco 12 1/2 a 12 Rthlr. Br., pr. März-April 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 G., April-Mai 11 1/2 Rthlr. Br., 11 1/2 G. Mohnöl 15 1/2 Rthlr. Balmöl 12 1/2 a 13 Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Süßsee-Thran 12 1/2 Rthlr. Spiritus loco ohne Faß 14 1/2 Rthlr. bez., pr. Jan. 14 Rthlr. zart, Febr.-März-April 14 1/2 Rthlr. Br., 14 1/2 G., April-Mai 14 1/2 Rthlr. Br., 14 1/2 bez. u. G., Mai-Juni 15 1/2 Rthlr. Br., 15 G., Juni-Juli 15 1/2 Rthlr. Br., 15 1/2 G., Juli-Aug. 15 1/2 Rthlr. Br., 15 1/2 bez. u. G.

Berliner Börse.

Den 15. Januar 1850.

Table with columns: Zins, Brief, Geld. Rows include: Preussische freiw. Anleihe, Staats-Schuldscheine, Seehandlungs-Prämien-Scheine, Kur- u. Neumärkische Schuldversch., Berliner Stadt-Obligationen, Westpreussische Pfandbriefe, Grossh. Posener, Ostpreussische, Pommersche, Kur- u. Neumärk., Schlesische, v. Staat garant. l. B., Preuss. Bank-Antheil-Scheine, Friedrichsd'or, Andere Goldmünzen à 5 Rthlr., Disconto, Eisenbahn-Actien (voll. eingez.), Berlin-Anhalter A. B., Prioritäts-, Berlin-Hamburger, Prioritäts-, Berlin-Potsdam-Magdeb., Prior. A. B., Berlin-Stettiner, Cöln-Mindener, Prioritäts-, Magdeburg-Halberstädter, Niederschles.-Märkische, Prioritäts-, III. Serie, Ober-Schlesische Litt. A., B., Rheinische, Stamm-Prioritäts-, Prioritäts-, v. Staat garantirt, Thüringer, Stargard-Posentr.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Für die im Gubrauer Kreise Verunglückten sind ferner bei uns eingegangen:

von F. H. 1 Rthlr.; D. S. 2 Rthlr.; Lehrer Knappe I. 1 Rthlr.; Lehrer Knappe II. 15 Sgr.; J. B. 1 Rthlr.; M. B. 1 Rthlr.; Gr. # 8 15 Sgr. Zusammen 46 Rthlr. 15 Sgr., 4 Louisd'or und 2 Friedrichsd'or.

Posen, den 18. Januar 1850. Die Zeitungserpedition von W. Decker & Comp.

Montag den 21. d. Mts. Abends pünktlich um 7 Uhr findet im Saale des Hôtel de Saxe die vierte Sinfonie-Soirée statt. Billets dazu werden in den Buchhandlungen der G. H. Mittler und Scherk verkauft.

Die Direktion des Sinfonie-Vereins.

Nachdem das zur Begründung der projektirten gewerblichen Verkaufs- und Vorschuß-Anstalt erforderliche Kapital von 2000 Thalern durch die stattgefundenen Actienzeichnungen mehr als vollständig gedeckt ist, und der entworfene Plan einige, durch die Umstände notwendig gewordene Abänderungen erfahren hat, werden die sämmtlichen geehrten Theilnehmer zu einer General-Versammlung auf Montag den 21. Januar e. Nachmittags 4 Uhr im Sitzungssaale der Stadt-Verordneten ergebenst eingeladen.

In derselben sollen namentlich:

- 1) die entworfenen Statuten definitiv festgestellt, 2) der Verwaltungsrath gewählt, und 3) die Modalitäten der Ausführung näher bestimmt werden.

Es wird um recht zahlreichen Besuch gebeten und von den Ausbleibenden angenommen werden, daß sie an die, von den erscheinenden Theilnehmern abgefaßten Beschlüsse unbedingt gebunden sind. Posen, den 9. Januar 1850.

Der provisorische Vorstand: Klebs. v. Steinacker. Müller. Buske. G. Mamrotz. G. v. Rosenfiel. G. Treppmacher. Herrmann Baarh.

So eben ist erschienen und bei G. S. Mittler in Posen zu haben:

Der persönliche Schuk.

Nach dem englischen Originale bearbeitet von Dr. Curtius.

Preis 10 Sgr. Eine weitere Anpreisung dieses Werkes, welches früher nur zu einem ungemein hohen Preise verkauft wurde, dürfte überflüssig seyn, da der Werth und die Begehrtheit desselben bereits allgemein anerkannt sind.

(Im Müller's Separ.-Conto in Leipzig.)

Der am 27. Februar 1850 zum nothwendigen Verkauf des Gutes Mrazniki und Uleyno wird hierdurch aufgehoben.

Schroda, den 29. December 1849.

Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung, für Civilsachen.

Bewohner des Großherzogthums können jederzeit dem unterzeichneten Verein mit der Versicherungssumme von 50 bis 300 Thalern beitreten. Dem schriftlichen Antrage ist ein Gesundheits-Attest, so wie ein Taufschein oder glaubwürdiger Alters-Ausweis beizufügen. Statuten-Exemplare sind in der Scherf'schen Buchhandlung, der Hauptwache gegenüber, à 1 Sgr. zu haben.

Posen, den 1. Januar 1850. Direktorium des Sterbekassen- u. Renten-Vereins.

Die Allgemeine liberale Wittwen-Pensions-Kasse in Spandow nimmt Versicherungen auf Höhe von:

50 Rthlr., 100 Rthlr. und 150 Rthlr. an. Die Kasse ist auf Gegenseitigkeit basirt, wodurch nicht allein Beamten, Lehrern u. s. w., sondern auch den kleinsten Handwerkern und Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, sich dabei vortheilhaft zu betheiligen.

Statuten der Anstalt, so wie Prospective, welche letztere gratis verabreicht werden, liegen zur gefälligen Einsicht bereit bei Ernst Sommer, Markt 85.

Falg-Offerte.

Hierdurch beehren sich die Unterzeichneten das theiligt resp. Publikum in Kenntniß zu setzen, wie wir am hiesigen Orte eine Falg-Schmelze etablirt

Die Feuerversicherungsbank f. D. wird ihren Theilnehmern, ungeachtet zahlreicher und großer Brandschäden im Jahr 1849, nach vorläufiger Berechnung doch wieder ungefähr

50 Procent

ihrer Einzahlungen als Ersparniß zurückgeben. Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, behalten wir uns vor, den Theilnehmern der Bank später den genauen Rechnungsabschluss selbst zuzufertigen, und sind für Jeden, welcher dieser gegenseitigen Versicherungs-gesellschaft noch beizutreten geneigt ist, zu desfalliger Auskunft und Vermittelung erbötig.

Posen, den 16. Januar 1850.

C. Müller & Comp., Sapiehaplatz No. 3., Agenten der Feuerversicherungsbank f. D. in Gotha.

haben, deren Fabrikat wir in bester frisch geschmolzener Waare aus erster Hand, nach üblicher Uefance, in Fässern zu circa 5 Centnern netto, mit 10 % Tara, gegen Baarzahlung mit 2 % Disconto:

Landlichttalg à 15 1/2 Rthlr., und Seifalt à 15 Rthlr. per Centner, hiermit geforsamt offeriren. Berlin, im Januar 1850.

Die vereinigten Fleischermeister. In deren Auftrage: Hasselbrand, Grünstraße 15.

Unter Zusicherung bedeutender Vortheile wird an thätige Geschäftskunde der Commissions-Verkauf eines leicht gangbaren Artikels zu übertragen gesucht. Anerbietungen franco unter B. & H. poste restante Mainz.

Die Porcellan- und Glas-Auktion in No. 85. am Markt wird heute und Montag fortgesetzt werden, auch wird ein guter eiserner Ofen dabei vorkommen.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, der Polnisch und Deutsch sprechen kann, findet sofort als Lehrling ein Unterkommen in der Destillation Dominikanerstraße No. 2.

Gerberstraße No. 35. ist eine Parterre-Wohnung, wovon die Vorderstube mit nach der Straße gehenden Thür, auch als Laden benutzt worden ist, von Ostern d. Jahres ab zu vermieten. Wer ner.

Vorzüglich gute Mohrrüben, à Scheffel zu 15 Sgr., so wie auch beste Kartoffeln sind noch zu haben bei H. Barthold, Königsstr. No. 6/7.

Mühlensverpachtung.

Die Del- und Mahlmühle zu Rowanówko an

der Weina, 1/4 Meile von der Kreisstadt Dobornik und der Warthe entfernt, bestehend aus zwei Mahlgängen, einem Grützgange und einer Delmühle mit 6 Pressen, ist mit allen zum fabrikmäßigen Betriebe des Geschäftes nothwendigen, ganz neuen Apparaten, ohne Land, sofort oder von Georgi ab, unter billigen Bedingungen zu verpachten.

Nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete auf portofreie Anfragen. Rowanówko, den 16. Januar 1850. E. Gröbe, im Auftrage.

Pfannkuchen zu 10 und 6 Pfennigen pro Stück, so wie immer frische Bonbons à 10 und 15 Sgr. das Pfund in der Konditorei und Bonbon-Fabrik von A. Piskner & Comp., Breslauerstr. No. 14.

So eben angekommene frische Pommersche und Braunschweiger Fleischwurst, zu 8 und 9 Sgr. das Pfund empfiehlt Aron Grau, Bronkerstraße No. 5.

Neubruher Rube.

Sonntag den 20. Januar bringe ich per Eisenbahn frischmelkende Neubruher Hauptkühe nebst Kälbern nach Posen. — Mein Logis ist im Gasthof zum Eichborn am Kämmereiplatz. Fr. Schwandt.

Colosseum.

Heute Sonnabend den 19. Januar: Große Redoute

mit und ohne Maste. Entrée an der Kasse 10 Sgr. Damen frei. Billets im Hause bis 5 Uhr Abends 7 1/2 Sgr. Peiser.

Odeum.

Heute Sonnabend den 19. Januar: Große Redoute

mit und ohne Maste. Entrée an der Kasse 10 Sgr. Damen frei. Billets im Hause bis Sonnabend Nachmittags 4 u. 7 1/2 Sgr.

Eröffnung 1/8, Anfang 8 Uhr Abends. J. Lambert.